

# Alternativen für Oldenburg



Wahlprogramm zur  
Kommunalwahl 2021

**Deutschland.  
Aber normal.**

**Alternative**  
für  
Deutschland

# Inhalt

---

Vorwort	1
1. Familie & Soziales	2
2. Wirtschaft & Finanzen	6
3. Klima & Umwelt	10
4. Migration & Integration	14
5. Bildung & Schule	18
6. Kultur	26
7. Verkehr & Bahn	30
8. Öffentliche Sicherheit & Ordnung	36
9. Bauen & Wohnen	40
10. Gesundheit & medizinische Versorgung	44
11. Bürgerbeteiligung & direkte Demokratie	46
12. Städtische Betriebe & Verwaltung	48



# Vorwort

---

Liebe Oldenburger Bürgerinnen und Bürger!

Unsere Stadt steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Die Bewältigung der Coronakrise und die daraus resultierenden Schäden für die heimische Wirtschaft sind nur mit einer klugen Politik zu meistern. Mehrausgaben für Klimamaßnahmen bei höherer Neuverschuldung würden den städtischen Haushalt zusätzlich belasten.

Die Alternative für Deutschland in der Stadt Oldenburg hatte bereits im Mai 2020 dem Oberbürgermeister Vorschläge zur wirtschaftlichen Bewältigung der Corona-Krise unterbreitet. Im Laufe der Monate wurden alle unsere Vorschläge seitens der Stadt umgesetzt. Das zeigt, dass es der AfD um die Bürger in Oldenburg geht und dass wir auch wissen, wie es geht! Es gibt aber noch weitere „Baustellen“ in Oldenburg, auf die wir hinweisen und die noch gelöst werden müssen. Ein tragfähiges Verkehrskonzept, der Nahverkehr, die Schaffung von günstigem Wohnraum sowie auch die Bildung unserer Kinder sind nur einige Punkte einer langen Liste.

Die Alternative für Deutschland wird sich auch in Oldenburg weiterhin vor allem für die Familien einsetzen, denn diese sind der Kernpfeiler unserer Gesellschaft. Familien brauchen verlässliche Strukturen sowie eine Stadt, die nicht mit weiteren Belastungen für Klimamaßnahmen droht, sondern ein familienfreundliches Umfeld schafft und finanziell entlastet.

Wir stehen für eine vernunftorientierte Politik ohne ideologische Denkverbote. Unsere Ratsleute werden auch künftig Ihre Interessen vertreten – anstatt Politik gegen die Bürger zu betreiben. Wir wollen die Stadt raus dem Krisenmodus bringen und zurück zur Normalität.

Wir lieben Oldenburg. Aber normal.

Oldenburg braucht dringender denn je eine Alternative. Das sind wir.

*Ihre*  
*Alternative für Deutschland*  
*Kreisverband Stadt Oldenburg*

1

# Soziales & Familien



## **Für die Familie**

Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das ist das familienpolitische Grundverständnis unserer Partei. Selbstverständlich akzeptieren wir auch alle anderen Lebensentwürfe. Wir lehnen es aber ab, dass diese Ausnahmen besonders positiv hervorgehoben werden. Völlig inakzeptabel ist es, all dies schon im Kindergarten zu thematisieren und bei den Kleinsten die Ausnahme als normal zu vermitteln, wie es Altparteien, Gewerkschaften und viele andere Akteure bereits praktizieren.

Die Familie ist darüber hinaus ein wichtiger Pfeiler unserer demokratischen Gesellschaft.

## **Bezahlbare Krippenplätze**

Krippenplätze müssen auch für die unfreiwillig am Rande der Gesellschaft lebenden Familien bezahlbar sein. Sie dürfen bei plötzlichen unvorhergesehenen Mehrbelastungen nicht zu einem finanziellen Problem werden und zu noch mehr Ausgrenzung der betroffenen Familien führen.

## **Erziehung ist Kernaufgabe der Eltern**

Auch die Art der Erziehung der Kinder ist Teil der kulturellen Tradition. Wir sehen auch in unserer überlieferten und sich im Laufe der Zeit langsam verändernden Art und Weise der Erziehung und des Umgangs mit Kindern einen kulturellen Wert.

Kinder sind eine Bereicherung für das eigene Leben. Gleichzeitig sind sie auch als Leistung für die Gesellschaft anzuerkennen. Denn nur mit – genügend – Kindern kann unsere Gesellschaft langfristig überleben.

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Kinder zu erziehen, sondern das ist und bleibt die wichtigste und ursprünglichste Aufgabe der Eltern. Der Staat hat lediglich einen Bildungsauftrag, aber keinen Erziehungsauftrag.

## **Mütter wertschätzen**

Wir setzen uns für eine deutliche Aufwertung der gesellschaftlichen Bewertung der Mutterrolle ein. Die Leistung der Mütter für unsere Gesellschaft wird vielfach zu wenig gewürdigt und kann gar nicht überschätzt werden.

Die familiennahe Betreuung ist ein Recht der Eltern. Politische Weichenstellungen, die eine Bevorzugung der öffentlichen (staatlichen) Kinderbetreuung anstreben, lehnen wir ab.

Wir stehen für echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung. Die Familien sollen frei von finanziellen Nöten entscheiden können, ob sie sich selbst zu Hause um ihre Kinder kümmern oder sie diese in einer wohnortnahen Krippe oder einem Kindergarten betreuen lassen.

## **Arbeitslose**

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Die AfD im Rat der Stadt Oldenburg setzt sich für mehr Menschlichkeit des Jobcenter im Umgang mit den Empfängern von Arbeitslosengeld ein.**

## **Personenbezogene Berater im Arbeitsamt**

Empfänger von Arbeitslosengeld berichten, dass eine individuellere Beratung und Dienstleistung, mehr Offenheit und Transparenz der Leistungsabteilung im Zusammenhang mit gefällten Entscheidungen sowie generell ein kundenfreundlicherer Umgang der Mitarbeiter des Jobcenters mit den Leistungsempfängern angeraten erscheinen.

Wir unterstützen dieses Anliegen ebenso wie wir uns für kürzere Bearbeitungszeiten bei eingereichten Anträgen auf ALG 2 einsetzen. Als große Erleichterung für Antragsteller wie auch als eine Hilfe für die Bearbeiter unterstützen wir das Konzept des personenbezogenen Beraters.

**Arbeitslose haben ein Recht darauf, durch unsere Behörden respektvoll behandelt zu werden. Die Würde des Menschen gilt auch im Arbeitsamt.**

## **Sozialbetrug verhindern**

Parallel fordern wir, dass Sozialbetrug, der z. B. durch vorgetäuschte oder verschwiegene Sachverhalte oder durch Mehrfachmeldungen begangen wird, endlich konsequent verfolgt und bestraft wird sowie durch entsprechende Kontrollen und Arbeitsabläufe weitestgehend ausgeschlossen wird.

Hierzu plädieren wir für einen besseren innerbehördlichen Datenaustausch.

Der Missbrauch unserer Sozialsysteme, der die Steuerzahler sehr viel Geld kostet, ist zu unterbinden.

## **Ehrenamt**

Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich für die Gesellschaft einsetzen, verdienen dafür Anerkennung.

Das kann auf vielerlei Arten geschehen und kann für den Einzelnen, für eine Gruppe oder für ganze gesellschaftliche Gruppen entwickelt werden.

**Die Oldenburger Alternative für Deutschland möchte das Ehrenamt mit neuen Formen noch stärker anerkennen.**

2

# Wirtschaft & Finanzen





## **Schulden abbauen!**

Haushaltskonsolidierung ist für uns ein Muss in Oldenburg. Nur so können die zukünftige Handlungsfähigkeit und die Vermeidung zukünftiger Steuererhöhungen sichergestellt werden.

Zu hohe Steuersätze und überbordende Bürokratie entmutigen Unternehmer und Gründer.

## **Gewerbesteuer**

Die Gewerbesteuer bestraft den fleißigen, ehrlichen und erfolgreichen Unternehmer. Leistung lohnt sich kaum noch, wenn derjenige, der Gewinn macht, abgestraft wird und kaum noch Kapital für Investitionen oder Reserven für schwierige Zeiten gebildet werden können.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Wir möchten die Hebesätze zur Gewerbesteuer senken, um den Unternehmen bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Maßnahmen zu helfen.**

**Kleine und mittlere Unternehmen müssen deutlich entlastet werden. Nur so kann deren Überleben gesichert werden – und das liegt im langfristigen Interesse der Stadt Oldenburg.**

Mit großzügigen und durch Schulden finanzierten Zuschüssen von Bund und Land, wie es sie im Jahr 2020 gegeben hat und die die reale Finanzsituation der Stadt verschleiern, ist absehbar nicht mehr zu rechnen.

Zurückhaltung bei den Ausgaben, insbesondere bei neuen Haushaltspositionen, ist daher angebracht.

## **Ausgaben begrenzen bzw. reduzieren**

Die Erfahrung zeigt, dass ein Haushalt selten über zusätzliche und neue Einnahmequellen ausgeglichen wird.

Vielmehr wecken solche neuen Einnahmen immer neue Begehrlichkeiten in der Verwaltung und bei Interessengruppen.

Der Haushalt kann nur über die Ausgabenseite wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Wir möchten vor allem ein weiteres Anwachsen des Personals in der Verwaltung verhindern.

Besonders möchten wir dabei zusätzlichen unproduktiven und vermutlich gerne mit Parteifreunden besetzten Stellen beim sogenannten Klimaschutz ein Ende setzen.

## **Millionenbeträge für Prestigeprojekte sind in Zeiten der Haushaltskonsolidierung auf den Prüfstand zu stellen.**

Die Oldenburger Alternative für Deutschland fordert, die Stadt zukünftig mehr an den Steuereinnahmen des Landes Niedersachsen zu beteiligen.

Es ist eine wichtige Aufgabe des Oberbürgermeisters, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen.

Das Land Niedersachsen darf seinen Haushalt nicht weiter auf Kosten der Kommunen sanieren oder damit rein ideologische Projekte finanzieren.

## **Wir setzen uns zudem für die Abschaffung kommunaler Bagatellsteuern wie der Hundesteuer ein.**

## **Grundsteuer**

Das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes macht eine Neuordnung der Grundsteuer erforderlich.

Wir bestehen darauf, dass bei dieser Neuregelung eine Erhöhung der Grundsteuer ausgeschlossen wird.

## **Wirtschaftsförderung**

Zur Wirtschaftsförderung unserer Stadt ist es auch zukünftig wichtig, die Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern.

Bei der Förderung von Unternehmen fordert die Oldenburger Alternative für Deutschland mehr Transparenz und Kontrolle über die verwendeten Mittel. Ein Förderprogramm ist wichtig, um die Auswirkungen der unverhältnismäßigen und überzogenen Corona-Maßnahmen abzumildern, aber auch, um diese zeitlich zu begrenzen und die Marktkräfte wieder zu reaktivieren.

**Das City-Management sollte gestärkt werden, um die Innenstadt als Herz und Seele Oldenburgs wieder zu beleben und Leerstände zu vermeiden.**

# 3

## Klima & Umwelt



## **Wir lieben unsere Heimat und unsere Umwelt**

Unsere politischen Gegner verbreiten gerne das Narrativ, der Alternative für Deutschland seien Umwelt und Natur gleichgültig.

Aber wie könnte einem in seiner Heimat verwurzelten Menschen seine Umwelt gleichgültig sein?

Die Wahrheit ist: Wir setzen uns selbstverständlich für den Erhalt und die Bewahrung sowie den Schutz unserer Heimat und unserer Umwelt ein.

Es ist ein Gebot der Verantwortung, den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen.

Allerdings sind wir inzwischen die einzige Partei, die noch zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen abwägt und die Umweltschutz auch unter Vernunft- und Machbarkeitsaspekten betrachtet, anstatt rein ideologisch begründete, unerfüllbare Versprechungen zu machen.

## **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Wir treten für Klimarealismus statt Klimareligion ein.**

### **Klima bedeutet Wandel**

Die Alternative für Deutschland nimmt selbstverständlich das sich wandelnde Klima wahr. Das Bundesverfassungsgericht hat unsere Verantwortung für zukünftige Generationen bestätigt. Doch die Frage ist das wie!

Wir setzen uns für einen Weg der Innovationen und des technologischen Ideenwettbewerbs zur Reduktion ein anstatt planwirtschaftlicher Instrumente und einer Verbotspolitik. Das deutsche Ingenieurwesen wird bei den richtigen Anreizen Lösungen finden.

Dies gilt es auch auf kommunaler Ebene umzusetzen. Wir brauchen Innovation und neue Ideen anstatt Verbote und Verzicht.

## **Klima- und Umweltpolitik auch sozial denken**

Auch beim Klima setzt die Alternative für Deutschland sich für einen Weg der Innovationen und des technologischen Ideenwettbewerbs zur Reduktion ein, anstatt auf planwirtschaftliche Instrumente und eine Verbotspolitik zu setzen.

Bei der Klimapolitik lassen unsere politischen Mitbewerber die sozialen Folgen meist außer Acht. Wir denken aber auch an die Auswirkungen für die einkommensschwachen Bürger.

Diese werden durch Vorschriften und Steuern „für das Klima“ fast immer am stärksten belastet. Diese Art der Umwelt- und Klimapolitik ist daher unsozial.

Ökologische und ökonomische Vernunft schließen einander aber nicht aus. Dies gilt es auch auf kommunaler Ebene umzusetzen. Wir möchten Innovation und neue Ideen anstatt Verboten, Verteuerungen und Verzicht.

## **Umweltschutz am Bau**

Die Sanierung von Altbauten begrüßen wir, wenn Eigentümer sich freiwillig dazu entschließen, ihre Immobilien auf eigene Kosten energetisch zu modernisieren.

Wir sprechen uns daher für eine moderate Weiterführung von Beratungsprogrammen aus. Die Förderung von Sanierungsmaßnahmen möchten wir beenden. Denn damit werden tendenziell vermögendere Immobilienbesitzer bevorzugt, so dass auch diese Programme unsozial sind.

Die überzogenen Wärmestandards für Neubauten halten wir für unverhältnismäßig. Kritisch bewerten wir auch den weiteren Einsatz von Wärmeverbundsystemen aus Polystyrol aufgrund deutlich erhöhter Brandgefahr und Umweltbelastung bei der Entsorgung.

Unser Verständnis einer umweltbewussten Verkehrspolitik in Oldenburg beschreiben wir genauer im Abschnitt Verkehr und Bahn.

## **Wasserstoff**

Hier sollten zukünftig die Förderungen des Bundes gewinnbringend für Oldenburg eingesetzt werden.

Die Einrichtung von Wasserstoffzapfstellen an mehreren Oldenburger Tankstellen kann damit ermöglicht werden. Denn ohne ein ausreichendes Tankstellennetz wird der Bürger sich nur schwer für ein Auto mit Brennstoffzelle begeistern lassen. Wir bewerten diese Technologie sowie deren Ausbau als realitätsnäher und praxistauglicher als den Glauben, Oldenburg mittelfristig mit E-Ladesäulen abdecken zu können.

Schließlich sind wir von der Notwendigkeit wie auch von der ökologischen Vorteilhaftigkeit einer weiteren Nutzung fossiler Brennstoffe – vom hocheffizienten Benzin- oder Dieselmotor bis zum extrem schadstoffreduzierten modernen Kohlekraftwerk – überzeugt.

Denn nur mit diesen lässt sich eine sichere Energieversorgung, gerade bei langen und sehr kalten Winterphasen, wie es sie Anfang 2021 nicht nur in Deutschland, sondern auch in Spanien oder in Texas gab, gewährleisten.

**Die Alternative für Deutschland setzt auf die Entwicklung alternativer Antriebstechnologien, wie auf die von der Bundesregierung verabschiedete Wasserstoffstrategie.**

## **Modernisierung des Klärwerks**

Aus Gründen des Umweltschutzes wie auch aus gesundheitlichen Überlegungen sprechen wir uns für eine Modernisierung und einen Ausbau des Klärwerkes aus, um eine weitere Stufe zur Entfernung der Rückstände von Hormonen und Medikamenten zu ergänzen.

Dies ist zwar kostenintensiv aber eine wichtige Investition in unsere Gesundheit.

# 4

## Migration & Integration





## **Asyl, ja gerne - sofern berechtigt**

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zum Recht auf (individuelles) Asyl im Sinne des Grundgesetzes.

Wir kritisieren jedoch, dass das Asylrecht zu einem Instrument für eine massenhafte illegale Einwanderung umfunktioniert worden ist.

## **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Die Alternative für Deutschland fordert eine Beendigung der Praxis der Duldung ausreisepflichtiger Ausländer.**

## **Die Förderung von Migration lehnen wir ab**

Zudem lehnen wir jegliche Resolutionen und Projektförderungen ab, die eine illegale Armutsmigration verstärken und damit Probleme vergrößern, anstatt sie zu lösen.

Wir sprechen uns somit klar gegen Selbstdeklarationen im Stile „sicherer Häfen“ für Flüchtlinge aus.

Die Entscheidung über die Aufnahme von Flüchtlingen fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Oldenburg.

**Die sich wiederholenden Forderungen der Oldenburger Altparteien, zusätzliche Flüchtlinge nach Oldenburg zu holen, sind verantwortungslos und bürden der Stadt und damit den Bürgern außerdem ungefragt enorme zusätzliche Kosten auf. Und das langfristig.**

## **Asyl ist vorübergehend**

Integrationsmaßnahmen sind durch Fortbildungsmaßnahmen zu ersetzen, um die Migranten auf deren Rückkehr in die Heimatländer vorzubereiten.

Denn Asyl bedeutet einen Schutz auf Zeit.

## **Minderjährige Flüchtlinge**

Die Alternative für Deutschland fordert des Weiteren die obligatorische Überprüfung des Alters bei minderjährigen Flüchtlingen.

Damit soll einem Missbrauch des besonderen Betreuungsaufwandes für minderjährige Flüchtlinge und den damit verbundenen exorbitanten Kosten vorgebeugt werden.

Auf Landesebene treten wir für konsequentere Abschiebungen ausreisepflichtiger Ausländer ein wie auch für die Einhaltung der im Art. 16a des Grundgesetzes genannten Voraussetzungen.

## **Transparenz der Kosten**

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

Die Verwendung von Geldern für Integrations- und Förderprojekte sollte zukünftig übersichtlich und transparent im städtischen Haushalt ausgewiesen werden.

Die Bürger haben ein Recht darauf, im Detail zu erfahren, welche Träger und Projekte in welchem Umfang unterstützt werden.

Eine Finanzierung rein ideologischer Projekte und Projektträger durch die Hintertür und ohne nennenswerten Effekt auf die Integration muss ausgeschlossen sein.



5

# Bildung & Schule



## **Bewährtes bewahren und behutsam weiterentwickeln – verlässliche Schulen schaffen**

Deutschlands Bildungs- und Schulpolitik war viele Jahrzehnte weltweit geschätzt. Das Wirtschaftswunder, aber auch die fruchtbaren Jahre danach, basierten unter anderem auf dem damaligen Bildungssystem. Dieses brachte Akademiker, Facharbeiter und innovationsfreudige Unternehmer hervor.

Doch spätestens nach den ersten PISA-Studien bekam dieses System Risse. Genau genommen fing alles noch früher an, und wir lebten schon jahrelang von der Substanz des Erreichten.

Schulpolitik ist Ländersache. Das Ergebnis ist ein verwirrender Flickenteppich von unterschiedlichen Anforderungsprofilen. Dadurch haben dieselben Schulabschlüsse verschiedener Bundesländer unterschiedlichen Wert. Gleiches gilt für Studiengänge.

Niedersachsen ist in den bundesweiten Vergleichen bestenfalls Mittelmaß. Oldenburg als drittgrößte Stadt in Niedersachsen ist von dieser mittelmäßigen Bildungs- und Schulpolitik unmittelbar betroffen.

Was können wir auf kommunalpolitischer Ebene in Oldenburg verändern?

## **Für etwas Wettbewerb der verschiedenen Schulen**

Der Rat bestimmt die Anzahl und die Formen der Schulen in der Stadt.

Dabei ist ein Wettbewerb unter den Schulen seitens der derzeitigen Verwaltung nicht gewünscht – auch wenn sich Wettbewerb meist positiv auf Niveau, Innovationen und Motivation auswirkt. So sind die Grundschulen in Schulbezirke eingeteilt.

Die Oberschulen sind in ihren Eingangszügigkeiten (Anzahl der Klassen im fünften Jahrgang), die Integrierten Gesamtschulen (IGS) in ihrer Gesamtschülerzahl sowie die Gymnasien in der Aufnahme generell begrenzt.

Auf diese Weise will man Schieflagen ausschließen, indem man eine planwirtschaftliche Gleichheit herstellen möchte. Das Ergebnis ist gerade das Gegenteil. Eltern erleben Ablehnungen von Schulen oder Schulformen bis hin zur Diskriminierung. Im Losverfahren wird von der Verwaltung über das Wohl von Kindern entschieden. Diese Zustände sind unhaltbar.

## **Grundschulen**

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

Die Oldenburger Alternative für Deutschland fordert den freien Zugang zu allen Grundschulen.

Schulbezirke gehören abgeschafft. Schulen müssen untereinander Wettbewerb zulassen, damit Entwicklungspotential und neue, bessere Ideen verwirklicht werden können.

## **Oberschulen**

Die Begrenzung der Eingangszugänglichkeiten in den Oberschulen gehört abgeschafft. Gerade die Oberschulen sind bisher seitens der Verwaltung der Stadt Oldenburg stiefmütterlich behandelt worden.

Dabei findet sich auf den Grund- und Oberschulen der Großteil der Asylkinder, so dass hier ein besonderer Förderbedarf besteht. Und angeblich liegt den bisher tonangebenden Parteien diese Bevölkerungsgruppe doch besonders am Herzen.

In der Schulpolitik der Altparteien werden aber insbesondere Migranten benachteiligt. Die Oldenburger Alternative für Deutschland möchte das ändern. Statt die nötige Förderung zu bekommen, wurden die Oberschulen immer mehr zu „Resteschulen“. Ausländeranteile in den Klassen von teilweise 70 Prozent stellen die Schulen vor oft unlösbare Herausforderungen. Hier ist eine überproportionale Anhebung der Mittelausstattung erforderlich, um diese Herausforderungen bewältigen zu können.

Die AfD fordert eine deutliche Erhöhung der Mittelausstattung für die Oldenburger Oberschulen.

## **Gesamtschulen**

Demgegenüber wurden die Integrierten Gesamtschulen bisher geradezu fürstlich behandelt. So haben die IGS Flöteenteich und IGS Marschweg jahrelang Millionenbeträge zum Ausbau ihrer Schulen bekommen.

Es gab in den letzten Jahren zu keiner Zeit Bestrebungen, die Grund- und Oberschulen zu entlasten.

Dabei kommen die Integrierten Gesamtschulen in Oldenburg ihren eigentlichen Aufgaben nicht nach.

Denn ursprünglich war die Idee, Schüler aller Leistungsstufen und aller sozialen Schichten an diesen Schulen zu unterrichten. Es sollten hier also etwa je ein Drittel der Schüler zur Leistungsgruppe der Hauptschule, Realschule und Gymnasium gehören.

Doch die Gesamtschulen in Oldenburg wollen möglichst leistungsstarke Schüler bei sich unterrichten. Möglich wird das durch einen unsolidarischen Verteilungsschlüssel, der sich nicht an paritätische Maßgaben hält.

Mittlerweile gehen jedoch die meisten Gymnasialkinder wieder zu den Gymnasien zurück.

Als Folge wird nunmehr versucht, mehr Realschüler als Hauptschüler in die IGS zu bekommen.

Damit wird den Oberschulen die Möglichkeit eines fairen Wettbewerbs unter den Schulformen genommen.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Als Oldenburger Alternative für Deutschland fordern wir die Aufnahme von mindestens 50 Prozent Hauptschülern an den Integrierten Gesamtschulen. Die restlichen bis zu 50 Prozent sind dann für die Gruppe der Realschul- und Gymnasialkinder. So wird auch aktiv Solidarität gezeigt.**

## **Laufbahneempfehlungen & Schulwechsel**

Das Kultusministerium hat beschlossen, dass die Grundschulen *keine* Laufbahneempfehlung mehr nach der vierten Klasse abgeben. Man möchte hiermit einer Diskriminierung vorbeugen. Das ist ein fatales und völlig falsches Signal.

Um auf diesen Umstand verhältnismäßig reagieren zu können, fordern wir eine weitere Durchlässigkeit in den einzelnen Schulformen.

Es muss in Zukunft schneller möglich sein, zwischen den verschiedenen Schulformen zu wechseln. Dabei darf die Möglichkeit des Schulwechsels nicht als Einbahnstraße (Abschulungen) begriffen werden. Auch umgekehrt muss ein Wechsel ohne große Komplikationen möglich sein.

## **Gymnasien**

Die Gymnasien geraten zunehmend unter Druck, weil sich viele der linken Parteien eine Einheitsschule in Form der Integrierten Gesamtschule wünschen.

Dass Individualität und Elternrechte damit ausgehebelt werden, ist diesen Parteien egal.

Wir halten es für wichtig, gerade auch die Gymnasien zu erhalten und zu stärken, um auch leistungsfähigen und leistungswilligen Schülern die für sie optimalen Lernbedingungen zu bieten.

Auf Landesebene setzen wir uns daher für die Abschaffung der Gesamtschulen und die Rückkehr zum dreigliedrigen System aus Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ein.

## **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Die Oldenburger Alternative für Deutschland fordert die Bewahrung und den weiteren Ausbau der Gymnasien. Deren Schulgebäude in Oldenburg sind wie an Grund- und Oberschulen schnellstmöglich zu sanieren. Wo erforderlich, sind umgehend neue Gebäude zu schaffen.**



Derzeit haben allein die Integrierten Gesamtschulen in Oldenburg keinen Platzmangel und verfügen über modernste Mittelausstattung.

Diese Einseitigkeit ist sofort zu beheben, auch um den Schulfrieden nicht noch weiter zu stören.

## **Förderschulen**

Es war ein schwerwiegender Fehler der Landesregierung, die Förderschulen gänzlich abzuschaffen.

Die regierenden Parteien in Oldenburg haben es versäumt, unsere Förderschulen wenigstens die wenigen möglichen zusätzlichen Monate zu behalten. Stattdessen wurde die schnellstmögliche Auflösung der Förderschulen bis Ende 2021 beschlossen.

Das war es ein schwerwiegender Fehler.

Dabei wäre die Förderschule Lernen (früher Bürgerbuschschule) wichtig, um die Fördermöglichkeiten breit aufzustellen.

Zudem wird den Eltern mit dem Wegfall dieser Schule eine Wahlmöglichkeit genommen. Wir hätten die Förderschulen gerne erhalten und ausgebaut.

Einen letzten Förderzweig gibt es momentan noch in der Oberschule Ofenerdiek.

Den anderen Oberschulen, die die Förderkinder nun aufgenommen haben, fehlt das entsprechend ausgebildete Lehrpersonal, da relativ wenige Förderschullehrkräfte auf vergleichsweise viele Schulen aufgeteilt werden mussten.

**Ihre Alternative  
für Oldenburg:**

**Die Oldenburger Alternative für Deutschland fordert den Erhalt der Förderschule Lernen bzw. deren erneute Einführung am Standort der Oberschule Ofenerdiek.**

## **Digitalisierung**

Die veränderten Schulbedingungen in Folge der Corona-Maßnahmen haben die Defizite im Bereich der Digitalisierung an den Oldenburger Schulen deutlich gemacht. Es mangelt zum einen an moderner Infrastruktur, stabilen Netzkapazitäten und an Endgeräten.

Außerdem war die Lehrerschaft in großen Teilen weder geschult noch ausgestattet, um den einzig möglichen Unterricht mittels Internet und Videokonferenzschaltungen durchzuführen.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Wir fordern eine Digitalisierungsinitiative für den Lehrbetrieb. Im 21. Jahrhundert muss einer leistungsfähigen Schule selbstverständlich eine zeitgemäße Computer- und Internetausstattung sowohl für den Unterricht wie auch für die Schulverwaltung zur Verfügung stehen.**

Dafür sind die Schulen mit moderner Hard- und Software flächendeckend durch die Schulträger auszustatten und Personal wie Lehrkräfte sind für deren Einsatz zu schulern. Moderne Schulungsmethoden sind mit dem Unterricht zu verknüpfen und auszubauen.

Der Heimunterricht muss Ausnahme bleiben und schnellstmöglich beendet werden! Schule bedeutet Lernen im persönlichen Miteinander von Schülern und Lehrern.

## **Zweiter Bildungsweg**

Wir möchten auch finanziell schwachen Menschen beim Nachholen eines Schulabschlusses helfen.

Dazu möchten wir die entsprechenden Kurse der Oldenburger Volkshochschule für bedürftige Menschen deutlich vergünstigten oder möglichst sogar kostenlos anbieten. Oft scheitert die Teilnahme an entsprechenden Kursen aus finanziellen Gründen.

Die Betroffenen sind oft entweder Geringverdiener oder Empfänger von Arbeitslosengeld 2.

Wir möchten diesen Menschen mit entsprechenden Rabatten beispielsweise bei der VHS eine berufliche und gesellschaftliche Perspektive anbieten.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

Die Alternative für Deutschland möchte den zweiten Bildungsweg attraktiver gestalten und für sozial Benachteiligte erleichtern. Ein lebenslanges Lernen sorgt dauerhaft für mehr Wohlstand und mehr Chancengerechtigkeit.

Wir setzen uns für lebenslanges Lernen ein. Kombiniertes Lernen bietet hierfür viele Möglichkeiten durch die Verbindung von Präsenzunterricht, online-Selbstlerneinheiten und Praxisphasen.

Jeder Mensch spricht auf andere Methoden an. Eine Vielfalt von Angeboten fördert den individuellen Weg und erleichtert damit die Weiterbildung.

Die Oldenburger Alternative für Deutschland unterstützt auch innovative Bildungsplattformen nach dem Vorbild der „Open University“, zu der alle Bürger, unabhängig vom Bildungsgrad, Zugang haben sollen.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

Die künftige Oldenburger Ratsfraktion der Alternative für Deutschland wird sich für diese Verbesserungen im Bildungsbereich starkmachen. In der nun ablaufenden Ratsperiode hat unsere Fraktion bereits immer wieder auf diese Punkte hingewiesen und diese auch in Anfragen thematisiert. Das werden wir auch in der kommenden Ratsperiode tun. Versprochen!

6

Kultur



## **Kultur ist uns Herzenssache**

Als Alternative für Deutschland ist uns unser reichhaltiges, vielfach Jahrhunderte altes kulturelles Erbe eine Herzensangelegenheit. Das gilt für Musik, Theater und Museen bis zur Denkmalpflege. Neben den Klassikern schließt das auch zeitgenössische Werke mit ein.

Wir möchten sowohl den großen Institutionen wie auch kleinen Initiativen und der sogenannten „freien Szene“ gute Arbeitsbedingungen ermöglichen.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Kulturförderung soll sorgfältig mit dem Geld der Steuerzahler umgehen. Dazu gehören auch eine gewisse Sparsamkeit und ein Abwägen.**

## **Prestigeprojekte sehen wir kritisch**

Der Neubau des Stadtmuseums ist für uns ein falsches Projekt, auf das wir gerne verzichtet hätten.

Auch wenn es mit Bundesmitteln gefördert wird, werden hier viele Millionen Oldenburger Euros ausgegeben und tragen damit zu weiterer Verschuldung bzw. einer weiteren Verzögerung des Schuldenabbaus bei.

Wir halten den Museumsneubau daher für unverhältnismäßig. Diese nicht grundsätzlich ablehnende, aber doch kritisch überprüfende und sparsame Haltung gilt für uns auch für künftige sogenannte Prestigeprojekte, die sich die politischen Mitbewerber vielleicht noch einfallen lassen.

## **Regionale Erinnerungskultur**

Ein besonderes Anliegen ist uns die regionale Erinnerungskultur. Die Geschichte Oldenburgs ist bedeutungsvoll und spannend. Sie kann und sollte künftig noch mehr identitätsstiftend für die Oldenburger sein.

Wir möchten zu einer intensiveren Beschäftigung mit der Oldenburger Geschichte und zu einer größeren Präsenz der Stadtgeschichte im Stadtleben anregen.

## **Deutsche Sprache**

Zur bewahrenswerten kulturellen Tradition gehört auch unsere deutsche Sprache. Das generische Maskulinum ist seit Generationen überliefert.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Wir lehnen die sogenannte gendergerechte Sprache ab und setzen uns dafür ein, auf diese in den Publikationen und im Schriftverkehr der öffentlichen Institutionen zu verzichten.**

## **Straßennamen**

Die Oldenburger Straßennamen sind für uns erhaltenswert. Initiativen zur Umbenennung von Straßen sehen wir grundsätzlich kritisch.

Im neuen Stadtteil Fliegerhorst bieten sich Möglichkeiten, zahlreiche verdiente und besonders der Erinnerung oder des Andenkens würdige Personen mit Straßennamen zu ehren.

## **Kulturelle Tradition**

Die reiche kulturelle Überlieferung unseres Landes mit Leben zu füllen und für die kommenden Generationen zu erhalten, ist nach unserer Überzeugung eine zentrale Aufgabe des Staates.

**Die Finanzierung des Staatstheaters, der städtischen Museen und die Pflege unserer Kulturdenkmäler muss auch vor dem Hintergrund schwierigerer finanzpolitischer Rahmenbedingungen sichergestellt werden.**

Die Finanzierung staatlicher Kultureinrichtungen dient in erster Linie dazu, den Bürgern den Zugang zu Meisterwerken aus Musik und Theater zu ermöglichen, die wegen des hohen Aufwands sonst nicht mehr aufgeführt werden könnten.

## **Kunstfreiheit**

Die Kunst ist frei.

Trotzdem oder gerade deswegen möchten wir an dieser Stelle die kulturellen Akteure in Oldenburg dazu auffordern, auf einen Einsatz der Kultur im politischen Wettbewerb zu verzichten.

## **Mehr Transparenz in der Kulturförderung**

Über 20 Millionen Euro gibt die Stadt Oldenburg aktuell pro Jahr für die Kultur aus. Das sind mehr als 100 Euro pro Einwohner.

Angesichts dieser hohen Summe plädieren wir für mehr Transparenz.

## **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Die Gliederung des Kulturhaushaltes und die privaten Empfänger von Kulturförderung sollten auf der Internetseite der Stadt Oldenburg übersichtlich, leicht auffindbar und mit genauen Angaben zu den geförderten Projekten und Projektträgern veröffentlicht werden.**

Denn bisher findet man diese Zahlen nur bei sehr genauer Suche und oftmals ohne die genauen Angaben zu Projekten und Veranstaltern tief verborgen im Haushalt.

# 7

## Verkehr & Bahn





## **Radwege**

Die Nutzung des Fahrrads ist ein Gewinn für die Gesundheit und schont die Umwelt. Das erfordert jedoch gut ausgebaute Radfahrwege sowie deren kontinuierliche Pflege. Hereinragende Büsche und Fahrwege mit Wurzelschäden sind nicht akzeptabel.

Wir wollen die Stadt Oldenburg besser in die Lage versetzen, dieser Aufgabe nachzukommen. Denn der Zustand der Radwege ist – trotz der Auszeichnung Oldenburgs als fahrradfreundliche Kommune – deutlich verbesserungsbedürftig. Neben dem Neubau oder Ausbau von Radwegen dürfen die vorhandenen Fahrradwege nicht vernachlässigt werden. Im Verlauf des Winters entstandene Schlaglöcher oder andere Schäden müssen jeweils schnellstmöglich beseitigt werden.

**Die AfD fordert, bestehende Radwege zu verbessern, um Unfälle wie auch Schäden an den Fahrrädern zu vermeiden.**

Wir lehnen es jedoch ab, Geld in Sonderprojekte wie „Rad-Schnellwege“ für Langstreckenverbindungen zu investieren, weil dies nur einem kleinen Teil der Radfahrer zugutekommt. Außerdem würde dadurch vielfach anderer Verkehr verdrängt, was zu Negativeffekten für Anwohner und Einzelhandel führt.

## **Straßen**

Die Oldenburger Politik hat beim Automobilverkehr die Nebenstraßen oft vernachlässigt. Dadurch haben diese im Laufe der Jahre teils stark gelitten. Winterschäden sind auch in den Nebenstraßen jeweils zeitnah zu reparieren, damit auch die Anwohner in Randgebieten sicher nach Hause kommen.

In den letzten Jahren wurde durch die Grünen versucht, immer mehr Parkraum für Autos umzuwidmen und aufzulösen. Dabei lag deren Fokus einseitig auf den Radfahrern. Doch gerade der Einzelhandel in der Innenstadt lebt von Gästen aus dem ländlichen Umland, die weder mit der Bahn anreisen noch mit dem Fahrrad ihre Einkäufe in die Nachbarorte fahren. Eine autofeindliche Politik muss unbedingt vermieden werden.

## **Parkplätze**

Aktuelle Studien zeigen, dass bis zu einem Viertel der Abgasemissionen des Autoverkehrs in der Stadt bei der langen Parkplatzsuche ausgestoßen werden. Mehr und leichter erkennbare und erreichbare Parkplätze in der Innenstadt bedeuten also auch noch einen ökologischen Vorteil.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

Die Oldenburger Alternative für Deutschland fordert den Ausbau von Parkplätzen. Wir möchten dafür auch nach unterirdischen Lösungen mittels Tiefgaragen suchen, um das Stadtbild nicht mit Parkhäusern zu entstellen und den engen Verkehrsraum nicht weiter zu belasten.

## **Wasserstofftechnologie**

Wir begrüßen den Ausbau einer kundenorientierten Infrastruktur mit Tankmöglichkeiten für Fahrzeuge mit Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

Wir sind für Vielfalt der technischen Lösungen im Straßenverkehr und begrüßen den Wettbewerb verschiedener Technologien. Innovation anstatt Ideologie!

Die einseitige Bevorzugung von Elektroautos lehnen wir ab. Wasserstoff ist eine ökologisch sinnvolle Technologie, die mittlerweile für Vielfahrer praxistauglich ist. Und auch Dieselfahrzeuge werden noch lange auf unseren Straßen fahren.

## **Diesel erhalten**

Die Alternative für Deutschland setzt sich dafür ein, die Verdrängung und Behinderung der bewährten, zuverlässigen und hocheffizienten Dieselseltechnologie zu stoppen und rückgängig zu machen.

Jegliche Behinderungen oder Einschränkungen für Dieselfahrzeuge, wie Verbotszonen, lehnen wir entschieden ab. Wir sind offen für weitere Forschung an alternativen Antriebstechnologien.

## **Busse**

### **Neben dem Individualverkehr wollen wir den ÖPNV weiter unterstützen und stärken.**

Zur Verbesserung des Busangebots plädieren wir für die Einführung einer neuen Ringlinie, die die weiter außerhalb liegenden Stadtteile direkt miteinander verbindet.

Damit können unnötige Fahrten und Fahrtzeiten über das Stadtzentrum vermieden werden.

Es gibt für solche Vorhaben bis 2024 Fördergelder der Bundesregierung. Bei einer schnellen Realisierung dieser Idee, würden die finanziellen Ressourcen der Stadt weitgehend geschont.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

#### **Um den Busverkehr attraktiver zu machen, plädieren wir für die Einführung von Expresslinien.**

Expresslinien würden die Nutzung der Busse für Bewohner der entfernter liegenden Stadtteile oder der Umlandgemeinden attraktiver machen. Zudem würden dadurch die normalen Linien entlastet, die zu Stoßzeiten sehr voll sind.

Derartige Linien werden in zahlreichen deutschen und europäischen Städten erfolgreich eingesetzt, beispielsweise in unserer Nachbarstadt Bremen.

Wir möchten die Taktung der Buslinien erhöhen.

Die Linien, die bisher im 30-Minuten-Takt fahren, sollten auf einen 15- oder 20-Minuten-Takt umgestellt werden.

Überfüllte Busse und lange Wartezeiten verhindern derzeit die weitere Akzeptanz der Bürger für eine stärkere Nutzung des ÖPNV.

## **Bahn**

### **Als Ergänzung des öffentlichen Personennahverkehrs schlagen wir die Reaktivierung der Stadtteilbahnhöfe vor.**

Die Stadt Oldenburg sollte mit der Deutschen Bahn über die Reaktivierung weiterer Stadtteilbahnhöfe sprechen, anstatt ständig die erfolglose Konfrontation mit der Bahn zu suchen. Damit würden die Straßen weiter entlastet und die Umwelt besser geschont.

Für im Umland wohnende Arbeitnehmer könnte es deutlich attraktiver werden, in Oldenburg zu arbeiten, ohne lange Fahrtzeiten in Kauf nehmen zu müssen.

## **Tempo 50**

Die Beibehaltung von Tempo 50 auf den Hauptverkehrsstraßen ist für uns unabdingbar. Überlegungen der Grünen und Linken zur Einführung einer Tempo 30-Zone auf der Nadorster Straße halten wir für ideologisch verblendete Absurditäten.

Wir sollten aus Fehlern ähnlicher Projekte lernen und die gravierenden negativen Auswirkungen berücksichtigen, die beispielsweise in Berlin gut dokumentiert sind.

## **Für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Rad, Auto, Bus & Bahn**

Eine Verbotskultur gegen den Individualverkehr lehnen wir ab. Die Nutzung von Fahrrad und Bus muss freiwillig bleiben, soll aber durch kommunale Maßnahmen unterstützt werden.

Der Verkehrsfluss auf den Durchgangsstraßen soll durch intelligente Schaltung der Ampelanlagen verbessert werden, um Stopp-and-Go-Verkehr möglichst zu reduzieren.

Die grünen Wellen der Ampelschaltungen sollten den Stoßzeigen entsprechend vormittags stadteinwärts, nachmittags dagegen stadtauswärts ausgerichtet sein – ein Gewinn für alle Verkehrsteilnehmer.

## Ihre Alternative für Oldenburg:

Die Alternative für Deutschland möchte den Verkehrsfluss deutlich verbessern, anstatt den Automobilverkehr zu behindern und zu verlangsamen.

### **Bahnübergänge umgestalten**

Ebenso wie für einen besseren Verkehrsfluss beim Auto sollte sich die Stadt bei der Deutschen Bahn mit Nachdruck für die Umwandlung der bisherigen Bahnübergänge in Unterführungen einsetzen.

Nach jahrelangem Reden ist nun immerhin eine Bahnbrücke für die Alexanderstraße als ein erstes Ergebnis herausgekommen.

Wir möchten eine schnelle Lösung auch für die von Zügen wie auch vom Autoverkehr sehr frequentierte doppelte Bahnquerung an der Stedinger Straße.

### **Die Oldenburger Alternative für Deutschland ist für den Erhalt des Bahnhofgebäudes und der Gleishalle.**

Aus einem unabhängigen Gutachten geht hervor, dass die Gleishalle nur geringfügig beschädigt ist.

Die verrosteten Teile können ausgetauscht werden. Die Bahnsteighalle des Oldenburger Bahnhofs ist die einzige erhaltene ihrer Art in Niedersachsen. Als Stahlhochbau ist sie ein herausragendes und seltenes Beispiel industriezeitlicher Ingenieurtechnik.

Ihre Demontage würde die bisherigen vorbildhaften Bemühungen und Aufwendungen für die denkmalgerechte Instandhaltung des Oldenburger Hauptbahnhofes konterkarieren.

Gemeinsam mit dem Empfangsgebäude und dem Fürstenbau ist die Gleishalle wesentlicher Bestandteil dieses einmaligen Architekturensembles Hauptbahnhof Oldenburg, dessen überregionale geschichtliche Bedeutung allgemein anerkannt ist.

# 8

## Öffentliche Sicherheit & Ordnung



## **Polizei**

Niedersachsens Polizei braucht die volle Rückendeckung durch die Politik.

Eine Bloßstellung und Herabwürdigung der Beamten nach Einsätzen gegen Gewalttäter darf es nicht geben. Einsatzkritik sollte intern erfolgen und nicht über die Medien verbreitet werden.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Die Oldenburger Alternative für Deutschland setzt sich für mehr Präsenz von Ordnungskräften in der Innenstadt in den Abendstunden ein, um den Bürgern eine höhere Sicherheit zu geben.**

## **Kameraüberwachung lehnen wir ab**

Wir stellen uns jedoch gegen den Ausbau von Kameraüberwachung an öffentlichen Plätzen.

Die Freiheit des Einzelnen ist hier entscheidend.

Bei noch mehr Kameras sehen wir die Gefahr einer Totalüberwachung im Namen der Sicherheit.

Je intelligenter die Kameratechnik wird, desto problematischer ist der massenhafte Einsatz von Videoüberwachung.

Der gläserne Bürger ist dann nur noch einen Mausklick weit entfernt.

Statt noch mehr Videoüberwachung sollte endlich politisch umgesetzt werden, was wirklich nötig wäre – zum Beispiel mehr Stellen bei der Polizei zu schaffen und die Polizisten von unnötiger Bürokratie zu entlasten, damit diese endlich wieder in vollem Umfang ihre eigentlichen Aufgaben erledigen können.

## **Extremismus lehnen wir ab**

Die Alternative für Deutschland ist ein überzeugter Verfechter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Deshalb stellen wir uns gegen jegliche Feinde der Demokratie, seien es ideologische und religiöse Fanatiker, kriminelle Einzeltäter oder Banden.

Aus diesem Grunde lehnen wir Rechtsextremismus genauso entschieden ab wie Linksextremismus.

## **Die sogenannte Antifa agiert mit faschistischen Methoden.**

Gewalttätige linksextreme Aktivitäten, vielfach von der sogenannten Antifa ausgehend, sind in ihrer Ausrichtung vielfach faschistisch und deshalb entschieden abzulehnen.

Die mangelnde Abgrenzung der Altparteien von diesen faschistischen Methoden halten wir für sehr bedenklich und gefährlich.

## **Müllentsorgung**

Die Vermüllung von öffentlichen Plätzen wie auch von Containerstellplätzen ist zu einem Dauerproblem in der Stadt Oldenburg geworden.

Die Sperrmüllentsorgung ist, anders als in zahlreichen anderen Kommunen, kostenpflichtig.

Wir möchten, dass es eine kostenlose und unbürokratische Möglichkeit seitens der Müllentsorger gibt.

Zudem wird viel Müll in Brennpunktgebieten einfach an Altglascontainern abgeladen.

Eine Videoüberwachung würde nur für eine Verlagerung zu unbeobachteten Gegenden sorgen.



Hier sollte auf die Kombination von Aufklärungskampagnen sowie ausreichende Entsorgungsmöglichkeiten auf der einen Seite wie auch auf eine konsequente Verfolgung und Ermittlung der Täter andererseits gesetzt werden.

**Die Oldenburger Alternative für Deutschland setzt sich für eine kostenlose Abholungen von Sperrmüll und für stärkere Kontrollen an Containerflächen ein.**



9

# Bauen & Wohnen



## **Mehr Wohneigentum**

Deutschland besitzt eine im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern sehr niedrige Wohneigentumsquote.

Wir möchten diese Quote erhöhen, indem wir den Erwerb einer Wohnung oder eines Hauses auch für den Normalverdiener und junge Familien erleichtern.

Wohnen in Niedersachsen – und insbesondere in Oldenburg – muss auch bei geringerem Einkommen wieder leichter finanzierbar sein.

Wir setzen uns daher für bezahlbare Mieten in Oldenburg ein.

Neben dem Verkauf städtischer Baugrundstücke halten wir auch die Möglichkeit der Erbpacht als Maßnahme zur Förderung von Wohneigentum für geeignet.

## **Wohnen im Alter**

Alternative Wohn- und Betreuungsformen werden mit steigendem Anteil alter Bürger immer wichtiger.

Dabei müssen die durch das sinkende Rentenniveau reduzierten finanziellen Möglichkeiten der zukünftigen Rentner bedacht werden.

Wir unterstützen daher die vielfältigen Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu führen.

Sie reichen vom Wohnen zu Hause mit Unterstützung, etwa dem betreuten Wohnen, über Stadtteilkonzepte, wie generationsübergreifendes Wohnen, Seniorenhausgemeinschaften, Seniorenwohngemeinschaften und ambulant betreute Wohngemeinschaften bis hin zu teil- und vollstationären Einrichtungen.

## **Oldenburg wächst**

Oldenburg ist eine wachsende Stadt und wird das auch in Zukunft sein. Der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum besteht also auch weiterhin.

## **Sozialer Wohnbau**

Mit der vom Stadtrat beschlossenen Quotenregelung zum Bau von Sozialwohnungen wurde aber das Gegenteil dessen bewirkt, was beabsichtigt war.

Bauherren sind zu Mischkalkulationen gezwungen.

Damit Sozialwohnungen günstig vermietet werden können, müssen die anderen Wohnungen dann entsprechend teurer vermietet werden, damit die Kalkulation insgesamt kostendeckend ist.

Als Folge werden junge Familien und einfache Bürger mit geringen Einkommen knapp oberhalb der Grenze für den Wohnberechtigungsschein bestraft.

Für diese Menschen sind moderne Wohnungen oftmals unbezahlbar geworden.

## **Schutz des Einfamilienhauses**

Ein Verbot für den Bau von Einfamilienhäusern, wie bereits in Hamburg durch die links-grüne Regierung beschlossen, sehen wir als Bevormundung und einen tiefen Eingriff in die Eigentums- und Freiheitsrechte.

Auch wenn solches in Oldenburg glücklicherweise bislang noch nicht diskutiert wurde, erklären wir hier schon klar, dass wir eventuelle derartige Bestrebungen entschieden ablehnen.

## **Bauen erleichtern**

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine deutliche Senkung der Grunderwerbssteuer ein!**

Ein weiterer Faktor zur Senkung der Preise am Wohnungsmarkt ist eine günstigere Bereitstellung städtischer Grundstücke.

Dazu ist eine Gesetzesänderung des Landtages erforderlich, für die wir uns weiterhin nachdrücklich einsetzen.

Bisher scheitert dieses Vorhaben aber an den anderen Parteien im Niedersächsischen Landtag.

Zudem verteuern immer neue Vorschriften und überzogene, zweifelhafte Umweltstandards den Neubau von Wohnungen. Diese Bürokratie ist abzubauen!

## **Altbausanierung**

**Wir sprechen uns für die energetische Sanierung von Altbauten aus.**

**Wir positionieren uns aber klar gegen weitere unsinnige Vorschriften für Neubauten.**

## **Zusammenarbeit mit dem Umland**

Auch ein gutes Verhältnis zu den umliegenden Ortschaften und Gemeinden gehört zu einer vernünftigen Wohnungspolitik dazu.

Dieses kann helfen, eine immer engere baulich Verdichtung der Stadt zu verhindern. Hier sehen wir noch Verbesserungsbedarf.

10

# Gesundheit & medizinische Versorgung



## **Krankenhäuser**

Im Oberzentrum Oldenburg sind die Krankenhäuser bedarfsentsprechend und spezialisiert aufgestellt. Grundsätzlich sind keine Überkapazitäten vorhanden. Die Auslastungszahlen sprechen dafür, dass jedes der Häuser einen wichtigen Teil zur guten medizinischen Versorgung der Bevölkerung beiträgt. Dies gilt es weiterhin zu erhalten.

## **Gesundheitsversorgung ist Staatsaufgabe**

Der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung ist eine der Kernaufgaben des Staates. Doch sehen wir hier in der Vergangenheit Fehlentwicklungen wie Fachkräftemangel und Sanierungsstau. Gesundheit darf nicht an ökonomischen Zielen gemessen werden und deshalb sollte ein Krankenhaus nicht allein auf Gewinnerzielung ausgerichtet sein. Oldenburger Politiker ohne Fachkenntnisse haben in den letzten Jahren ihren Einfluss im Aufsichtsrat mit dem Argument der besseren Kontrolle zahlenmäßig ausgeweitet.

### **Ihre Alternative für Oldenburg:**

**Kontrolle und Aufsicht des Klinikums sollten durch Experten anstatt durch noch mehr Politiker ausgeführt werden. Nicht Parteibuch, sondern Qualifikation und Befähigung sollten dabei entscheidend sein.**

Das heißt nicht weniger Kontrolle durch die Bürger, sondern eine qualifizierte Kontrolle. So soll verhindert werden, dass sich das Klinikum zu einem Millionengrab entwickelt.

**In der Corona-Zeit zeigte das Fach- und Pflegepersonal ein enormes Maß an Belastbarkeit und Ausdauer. Dies sollte sich auch in einer besseren monetären Anerkennung und besseren Arbeitsbedingungen widerspiegeln.**

## **European Medical School**

Die European Medical School (EMS) der Universität Oldenburg ist auch weiterhin zu fördern und auszubauen sowie gegen Kürzungswünsche des Landes zu verteidigen. Sie bietet eine große Chance eigens ausgebildete Fachkräfte für Oldenburg zu gewinnen.

11

# Bürgerbeteiligung & direkte Demokratie





## **Mehr Bürgerbeteiligung!**

Eine möglichst weitgehende Beteiligung der Bürger an den politischen Prozessen und Entscheidungen auf allen staatlichen Ebenen ist der Alternative für Deutschland ein besonders wichtiges Anliegen. Um das zu erreichen, braucht es auch entsprechendes Engagement der Bürger.

Wir möchten die Oldenburger einladen und auffordern, sich stärker in die Politik und vor allem in die Kommunalpolitik einzubringen. Denn nur, wenn die Bürger sich aktiv beteiligen, kann sich die Rolle der Parteien – wie im Grundgesetz formuliert – darauf beschränken, an der politischen Willensbildung nur „mitzuwirken“, anstatt diese alleinig zu gestalten.

Die formellen Anforderungen an Bürgerbegehren können wir als Kommune nicht ändern. Aber Rat und Verwaltung können auf freiwilliger Basis den umgekehrten Weg gehen und die Bürger über Befragungen stärker an der politischen Willensbildung beteiligen. Denn zunehmende, auch größere Demonstrationen in den vergangenen Monaten für unterschiedlichste Ziele zeigen, dass es ein großes politisches Interesse bei einer Vielzahl von Menschen gibt.

**Wir möchten die Oldenburger bei wichtigen Entscheidungen – beispielsweise zur Gestaltung des neuen Stadtteils Fliegerhorst oder bei wichtigen Entscheidungen zum Verkehr – sowie bei besonders teuren Entscheidungen wie über den Bau eines neuen Stadtmuseums befragen.**

Mit der Aufforderung an die Verwaltung und den Oberbürgermeister sowie mit Anträgen im Rat und in Ausschüssen wollen wir uns künftig noch intensiver und engagierter dafür einsetzen, dass das Wort der Bürger öfter gehört wird und ein größeres Gewicht bei kommunalpolitischen Entscheidungen bekommt.

**Die deutliche Stärkung der direkten Demokratie ist für uns ein Muss.**

Als „Partei des gesunden Menschenverstandes“ setzen wir auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger. Wir stehen im Geiste der Aufklärung. Die Wissenschaft steht über der Ideologie. Wissenschaft ist auch immer kritisch. Vor allem aber ist Wissenschaft niemals endgültig abgeschlossen.

12

# Städtische Betriebe & Verwaltung



## **Kommunale Selbstversorgung**

Die Wasserentsorgung der Stadt Oldenburg muss in öffentlicher Hand bleiben. Eine Privatisierung lehnen wir ab. Oldenburg muss aus den negativen Erfahrungen anderer Kommunen lernen. Die Motivation, mit einer Privatisierung den schnellen Euro zur Aufbesserung des städtischen Haushalts verdienen zu wollen, ist kurzsichtig.

Dennoch sind grundsätzlich alle städtischen Beteiligungen sorgfältig zu prüfen, denn der Staat ist erfahrungsgemäß nie der bessere Unternehmer.

## **Gleichberechtigung statt Gleichstellung**

Die Oldenburger Alternative für Deutschland lehnt eine Frauenquote in Behörden entschieden ab. Frauen sind bereits stark vertreten und die Gleichstellungsstelle garantiert seit langem ein faires Auswahlverfahren.

Eignung, Leistung und Befähigung sollten bei Personalentscheidungen unabhängig von Geschlecht oder Parteizugehörigkeit allein ausschlaggebend sein.

## **Schlanke Verwaltung**

Wir wollen den Umfang des öffentlichen Dienstes auf das erforderliche Mindestmaß beschränken und den jahrelangen und unverhältnismäßigen Aufwuchs der Verwaltung begrenzen sowie möglichst zurückführen.

Strukturen und Prozesse der Verwaltung sind darauf auszurichten, das Leistungsangebot vor dem Hintergrund knapper werdender Mittel zu erhalten.

Möglichkeiten der Digitalisierung sollen vollumfänglich genutzt werden, um Kosten zu sparen und um Verwaltungsvorgänge für Bürger und Unternehmer zu vereinfachen.

**Es sind die Bürger, die den öffentlichen Dienst bezahlen. Daher haben sie einen Anspruch auf schlanke und effiziente Verwaltungsstrukturen.**



Herausgeber:

AfD-Kreisverband Stadt Oldenburg  
V.i.S.d.P.: Andreas Paul, Vorsitzender  
Postfach 1101  
26001 Oldenburg

[kontakt@afd-stadtoldenburg.de](mailto:kontakt@afd-stadtoldenburg.de)

[www.afd-stadtoldenburg.de](http://www.afd-stadtoldenburg.de)  
[www.facebook.com/afd.kv.stadt.oldenburg/](https://www.facebook.com/afd.kv.stadt.oldenburg/)

**Ihre Spende für mehr *normal* im Stadtrat**

Alternative für Deutschland  
IBAN: DE07 2805 0100 0090 8251 00  
BIC: SLZODE22XXX

Wenn Sie bei Ihrer Überweisung Ihre Anschrift angeben, schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu.

